

Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Kobanê

Kampf um die Zukunft
des Nahen Ostens

Online Beitrag von
Güney Işıkara, Alp Kayserilioğlu, & Max Zirngast



Die Türkei am Scheideweg

Alp Kayserilioğlu, Güney Işıkara, & Max Zirngast

Die Türkei stürzt immer mehr ins Chaos. Die Syrienpolitik der AKP hat die Bildung islamistischer Gruppierungen innerhalb der Grenzen der Türkei gefördert und zu mehreren internationalen Krisen geführt. Gleichzeitig herrscht erneut Krieg im Südosten der Türkei, in Nordkurdistan und jeglicher Opposition wird brutal unterdrückt.

Wie konnte die Situation so schnell eskalieren? Noch vor kaum einem Jahr präsentierten Repräsentanten des Staates sowie der kurdischen Bewegung im Dolmabahçe Palast in Istanbul ihre erste Vereinbarung auf Papier zwecks Lösung der „kurdischen Frage“. Kurz darauf trat die Demokratische Partei der Völker (HDP) – eine Allianz aus der kurdischen Befreiungsbewegung und linken und demokratischen Kräften in der Türkei – ihren Siegeszug an und stürmte mit 13,1% bei den Wahlen am 7. Juni 2015 ins Parlament.

Doch innerhalb weniger Monate brach der türkische Staat einen umfassenden Krieg im Südosten des Landes gegen PKK-nahe Organisationen und die kurdische Bevölkerung vom Zaun. Die neuesten Entwicklungen sind Ausdruck und Vertiefung der Hegemoniekrise in der Türkei, die mittlerweile droht völlig aus dem Ruder zu laufen.

Das Wesen der Krise

Der Aufstieg der HDP und die Krise der AKP sind Teil einer längeren Geschichte an Konflikten innerhalb des türkischen Staates und der türkischen Gesellschaft.

Mit den 1990ern konnte der alte vom Militär geleitete Staat nicht mehr mit der sich verändernden politischen und ökonomischen Lage in der Türkei und auf der Welt mithalten. Die kemalistische Ideologie – die ideologische Grundlage der Republik Türkei – war zu elitistisch und ließ es an einer Partizipation breiter Schichten der Bevölkerung via aktivem Konsens mangeln, als dass sie weiterhin für eine stabile Hegemonie sorgen konnte. Das gesamte politische System der Türkei ab Mitte der 1990er war in der Krise. Zu all dem gesellte sich in den Jahre 2000-01 die bis dato größte ökonomische Krise des Landes.

Innerhalb dieser politischen und ökonomischen Krise konnte sich die AKP als diejenige Partei profilieren, die die Hegemonie der führenden Fraktionen des türkischen Finanzkapitals reorganisierte. Das schaffte sie dadurch, dass sie neo-

liberale Umstrukturierungen vertiefte, während sie gleichzeitig eine bestimmte Form des Konsensus unter den populären Klassen organisierte und zugleich die Staatsapparate umstrukturierte. Überhaupt: erst jener neue Konsensus und die Umstrukturierung der Staatsapparate machte die Vertiefung und Umsetzung des Neoliberalismus in der Türkei möglich.

An der Spitze des Erfolges der AKP jedoch brachen die Widersprüche der neoliberalen Ordnung und die Unfähigkeit des Landes sich in eine starke sub-imperialistische Macht zu wandeln auf und führten zum Gezi Aufstand 2013. Im Zuge des Gezi Aufstands wie auch der Revolution in Rojava verlor die AKP den aktiven wie passiven Konsensus breiter Schichten der populären Klassen. Zur selben Zeit fanden Risse und Brüche innerhalb der herrschenden Klasse statt, die Wirtschaft fing an zu straucheln und das Land verlor international an Rang.

Was sich seit 2013 abspielt ist also eine *Hegemoniekrise*: eine Krise der Legitimität der herrschenden Partei in Kombination mit einer Krise der allgemeinen Ordnung der dominanten Fraktionen der herrschenden Klasse. Die Entscheidung der AKP, sich mit Gewalt an der Macht zu halten, hat diese Krise vertieft.

Die Krise eskalierte bis 2015, da die zunehmende Polizeigewalt und eine Reihe an Korruptionsskandalen, in denen führende AKP-Mitglieder involviert waren, eine grundlegende Entfremdung breiter Schichten der Bevölkerung herbeiführte und eine Deeskalation sowie eine „normale“ Machtübergabe der AKP unmöglich machten. Die AKP stand vor der Entscheidung sich weiterhin mit Gewalt an der Macht zu halten oder mit schweren Konsequenzen nach dem Sturz zu rechnen.

Inmitten dieser eskalierenden Hegemoniekrise stieg die HDP schnell zu einem zentralen politischen Akteur in der Türkei auf. Trotz der massiven Propaganda der staatlichen Revolverpresse, knapp 200 Angriffen auf HDP-Büros oder Wahlkämpfer*innen und des Bombenanschlags auf die Abschlusskundgebung der HDP am 5. Juni in Diyarbakir mit vier Toten und hunderten Verwundeten, konnte die junge Partei mit 13,1% in das Parlament eintreten, während die AKP von knapp 49% auf 40% der Stimmen stürzte. Die AKP war die Juniwahl angetreten mit der Hoffnung, genug Sitze im Parlament zu gewinnen, um die Verfassung zu ändern und ein diktatoriales Präsidialsystem einzuführen. Aber sie errang nicht einmal die einfache Mehrheit, womit Erdogans Träume zerschlagen wurden.

Der Erfolg der HDP bei den Wahlen hätte die 13-jährige Herrschaft der AKP beendet, aber Erdoğan und seine Partei erkannten die Wahlergebnisse nicht an und fanden die adäquaten Mittel, um die Wahlergebnisse effektiv zu annullieren.

Von Juni bis November 2015

Heute wissen wir, dass die AKP nie beabsichtigte, eine Koalitionsregierung zu bilden und dass die Verhandlungen mit den unterschiedlichen Parteien zur Bildung einer Koalitionsregierung reine Farce waren, um Zeit zu gewinnen für die Planung und Umsetzung einer Strategie der Eskalation und des Krieges. Die Partei rechnete damit, mittels der Schaffung einer Atmosphäre der Angst die Initiative wiederzuerlangen und in Neuwahlen einen Sieg zu erringen. Der Krieg der AKP mit der PKK in den kurdischen Teilen der Türkei wurde wieder aufgenommen, Ausgangssperren über mehrere kurdische Städte verhängt und Polizei-Sondereinsatzkräfte gegen die aufständische Bevölkerung eingesetzt.

Parallel zu der Eskalation dieses Krieges wurde das Land von einer Reihe an Selbstmordanschlägen, angeblich durch den IS, erschüttert. Der fürchterliche Höhepunkt dieser Anschlagsserie war ein Bombenschlag auf eine Friedensdemonstration in Ankara am 10. Oktober, bei der 102 Menschen starben. Es war der blutigste Terrorangriff in der Geschichte der Türkischen Republik. Der Krieg, die Selbstmordanschläge und die sich verschärfende Polizeirepression schlugen regelrecht auf das demokratische Potenzial ein, das sich im Gezi Aufstand und dem Wahlsieg der HDP ausgedrückt hatte. Die Menschen zogen sich von der Straße zurück.

Währenddessen formte die AKP eine tiefere Allianz zwischen der Führung der Türkischen Streitkräfte, der Partei-kontrollierten Polizei, Sondereinsatzkräften und anderen Teilen des Staates. Einst Feinde – oder zumindest Konkurrenten um die bestimmende Macht über die Gesamtheit des Staates – legten das Militär und die AKP-kontrollierten Staatsapparate ihre Differenzen beiseite und kamen zusammen.

Diese Kollaboration befindet sich im Einklang mit den klassischen Reflexen des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung oder populären demokratischen Bewegungen, die an Kraft gewinnen. Kapitalistische Hegemonie in der Türkei ist historisch und strukturell auf der Ermordung, Plünderung und Kolonisierung unter anderem von Armenier*innen, Griech*innen und Kurd*innen gegründet. Jeder Versuch, die demokratische Ermächtigung dieser Gruppen mit den linken Kräften in der Türkei zu verbinden – wie die HDP dies anzukündigen schien –, stellt eine Gefahr für das türkische Kapital dar. Dieser Gefahr wurde in der Geschichte der modernen Türkei stets mit einem Militärputsch oder mit Krieg begegnet wie zuletzt und bis heute prägend am 12. September 1980.

Die AKP konnte erfolgreich auf diesen Reflex des türkischen Staates aufbauen und sich selbst erneut als das politische Subjekt präsentieren, das der Gefahr begegnen und die Hegemonie der führenden Fraktionen der herrschenden Klasse reorganisieren konnte.

Dieses neue Kräfteverhältnis erklärt auch, warum die Rückkehr zur Alleinherrschaft der AKP nach den Wahlen vom 1. November von denselben finanzkapitalistischen Interessenverbänden – wie z.B. der Türkische Wirtschaftsverband (TÜSIAD) – abgefeiert wurde, die nach den Juniwahlen noch für eine Koalitionsregierung eintraten. Für das Finanzkapital entscheidend ist die Fortsetzung von und Vertiefung einer Politik, die die kapitalistische Akkumulation befeuert. Sofern sich die AKP als stark erweist und starke, militante Bewegungen den Staat und die Ordnung bedrohen, werden aus diesem Interesse heraus aggressive Vorgehensweisen und Krieg gegen die Kurden unterstützt. Aus dem selben Interesse heraus wird dort mit Oppositionskräften optiert werden, wo sich die AKP als schwach erweist.

Die Strategie von Gewalt und Angst ging auf und die AKP errang einen überwältigenden Sieg bei den Wahlen vom 1. November. Die knapp fünf Millionen Stimmen die wieder zur AKP wanderten, bestehen zum Teil aus bestimmten Fraktionen der kurdischen Bourgeoisie, die zwar bei den Juniwahlen wegen der Syrienpolitik der AKP die HDP wählten, jedoch mit dem Hervortreten der PKK wieder zur AKP zurückkehrten. Wichtiger als diese Stimmen sind jedoch die Stimmen derjenigen, die bei den Juniwahlen nicht zur Urne gingen und nun die AKP wählten. Ebenfalls konnte sich die AKP wieder als dominante Macht der Rechten etablieren: viele Stimmen für eher kleinere konservative und rechte Parteien sowie fast zwei Millionen Stimmen der faschistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP) gingen zur AKP.

Wie wir schon andernorts hervorgehoben haben, führte der Novembersieg der AKP zu einem Anstieg der Repression der linken sowie der rechten Opposition. Es war jedoch klar, dass sich die Hegemonie, die mit Gezi und Rojava auseinanderbrach, nicht wieder so einfach nur mittels Krieg und Staatsterror wiederherstellen lassen würde. Statt einer nahtlosen Wiederherstellung der Hegemonie befindet sich die Türkei in einem Sturm an Staatsterror, Krieg, bewaffnetem Widerstand, einer strauchelnden Wirtschaft und einer Reihe an internationalen Krisen seit dem Abschuss eines russischen Bomberjets. Diese Faktoren kombiniert mit dem Risiko einer Ausweitung des politischen und militärischen Konflikts auf die restlichen Teile des Landes führt dazu, dass die Allianz der unterschiedlichen Staatsapparate und Teilen der herrschenden Klasse äußerst fragil bleibt. Eine Eskalation des Krieges im Verbund mit einer politischen oder ökonomischen Krise könnte sehr schnell zu einem systemischen Kollaps führen.

Der Kampf gegen die Opposition

Noch bevor die Wahlergebnisse endgültig feststanden, schlug die AKP schon zu. Zwei Tage nach den Wahlen beschlagnahmte ein Gericht die Pässe von 54 Staatsanwälten und Richtern, die alle vom Dienst suspendiert waren auf Grund-

lage des Terrorismusverdachts. Diese Aktion signalisierte die Fortsetzung des Feldzugs der Regierung gegen die religiöse Gemeinschaft des Predigers Fetullah Gülen, einem ehemaligen Verbündeten der AKP vor Gezi.

Am selben Tag wurden die Chefredakteure der Gülen-nahen Zeitschrift *Nokta* in Untersuchungshaft genommen mit dem Vorwurf eines „bewaffneten Aufstands gegen die Türkische Republik“. Die Zeitschrift hatte vor den Wahlen Sitzungsprotokolle eines Geheimtreffens der AKP veröffentlicht, aus denen hervorgehen soll, dass es intern kriselt. Ein paar Tage später gab es Razzien bei den Büros des Gülen-nahen Unternehmer*innenverbandes TUSKON.

Allein innerhalb der ersten drei Tage nach der Wahl wurden 66 Menschen in Untersuchungshaft genommen und drei Menschen verhaftet aufgrund von politischen Verbrechen wie „Beleidigung des Präsidenten“. Zwei Menschen wurden verwundet, sechs starben in Gefechten.

Kurz darauf wurden Can Dündar, Chefredakteur der *Cumhuriyet*, und Erdem Gül, Verantwortlicher für das Hauptstadtbüro derselben Zeitung, verhaftet auf Grundlage des Terrorismusverdachts. Die *Cumhuriyet* hatte im Frühjahr 2015 Bilder und Videos veröffentlicht von der Durchsuchung eines Lastwagenkonvois des türkischen Geheimdiensts MIT, der Waffen an extremistische Gruppierungen in Syrien schickte.

Am 28. November dann wurde der bekannte kurdische Menschenrechtsanwalt und Vorsitzender der Anwaltskammer in Diyarbakır Tahir Elçi erschossen. Dies geschah während einer Pressekonferenz in Diyarbakır. Elçi war großer Repression ausgesetzt seit er bei einer Fernsehshow bekundet hatte, dass er die PKK nicht für eine terroristische Organisation erachtet. Staatliche Stellen behaupteten, dass Elçi ins Kreuzfeuer zwischen der Polizei und Unbekannten geriet, während staatsnahe Medien die Verantwortung der PKK zuschoben. Elçi, alleiniges Opfer der Schießerei, wurde mit einer einzigen Kugel im Kopf aufgefunden, was auf eine Hinrichtung deutet. Die Verwandten Elçi's und die HDP machten folglich die Regierung für den Tod von Elçi verantwortlich. Große Demonstrationen fanden statt, während die Untersuchung des Vorfalls nur sehr träge und fahrlässig vonstatten ging. Elçi war weithin bekannt als jemand der sich vehement für den Frieden einsetzte und als jemand, der beizeiten die PKK genau so heftig kritisierte wie den türkischen Staat.

Gemeinsam mit der Inhaftierung von Dündar und Gül ist die Ermordung von Elçi eine klare Botschaft an die liberal-demokratischen Kritiker*innen der AKP-Regierung. Zusätzlich griff Erdoğan persönlich über 2000 türkische Akademiker*innen verbal an, die einen Friedensaufruf unterzeichneten und den türkischen Staat beschuldigten, Verbrechen an der eigenen Bevölkerung zu begehen. Sie forderten eine Rückkehr zum Verhandlungstisch mit der kurdischen Bewegung. Erdoğan warf den Unterzeichner*innen des Aufrufs Verrat und Terrorismuspropaganda vor und verlangte von den Universitäten und Gerichten, dass sie „tun, was notwendig ist“, um die Akademiker*innen zum Schweigen

zu bringen. Sedat Peker, ein berüchtigter Gangster mit Verbindungen zu faschistischen Organisationen sowie AKP-Anhänger, bedrohte die Akademiker*innen auf einem Blogpost in eindeutigen Worten: „Wir werden euer Blut fließen lassen und darin baden.“ Erdogans Aufruf wurde Folge geleistet: gegen alle ursprünglichen Unterzeichner*innen wurden Verfahren eingeleitet, einige verloren ihren Job und in manchen Fällen wurden Akademiker*innen sogar in Handschellen von Anti-Terror-Einheiten der Polizei abgeführt. Auch Peker's Aufruf zur Gewalt wurde teils von faschistischen Militanten Folge geleistet, die die Bürotüren einiger der Akademiker*innen verunstalteten und anderen Drohbriefe schickten.

Krieg und Terror in Kurdistan

Direkt im Anschluss an die Novemberwahlen gaben wichtige Persönlichkeiten der AKP wie zum Beispiel der stellvertretende Premierminister Yalçın Akdoğan, der Außenminister Feridun Sinirlioğlu, der Sprecher des Präsidentenamtes Ibrahim Kalın und Präsident Erdoğan zu verstehen, dass der Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung und das kurdische Volk ausgeweitet wird. Kurz darauf berichtete die PKK davon, dass Angriffe der Armee auf ihre Stellungen zugenommen haben und die YPG¹ berichtete davon, dass sie mehrmals von der türkischen Armee beschossen wurden.

Seit der Wiederaufnahme der Auseinandersetzung mit der kurdischen Befreiungsbewegung im Juli, wurden regelmäßig Ausgangssperren in Nordkurdistan verhängt. Diese Ausgangssperren, die manchmal nur eine Nacht lang gingen, öfter aber mehrere Tage oder gar Wochen, betrafen gezielt Viertel und Städte mit einem hohen Anteil an rebellischer Bevölkerung.

Direkt am 3. November wurde eine Ausgangssperre über Silvan verhängt, während gleichzeitig eine massive Inhaftierungswelle in kurdischen Städten begann und die KCK² den Waffenstillstand aufkündigte. Am 11. November wurde das erste Mal die Luftwaffe eingesetzt und türkische Kampfflugzeuge bombardierten Silvan.

Laut den Zahlen der Menschenrechtsstiftung der Türkei wurden mindestens 58 Ausgangssperre in 7 Provinzen und 19 Provinzdistrikten zwischen dem 16. August und 5. Februar verhängt, wovon mehr als eine Millionen Menschen betroffen waren. Mindestens 224 Zivilisten kamen dabei um, wovon mindestens 53 in ihren eigenen Wohnungen aufgrund von Artillerie- oder Scharfschützenfeuer starben, während mindestens 31 verbluteten, weil keine

1 YPG bedeutet Volksverteidigungseinheit. YPG und YPJ (Frauenverteidigungseinheit) sind die bewaffneten Milizen der PYD (Partei der demokratischen Einheit) in Rojava. Sie stehen der PKK nahe.

2 KCK bedeutet Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans und ist ein politischer Dachverband zu dem die PKK und ihr nahestehende Organisationen gehören.

Krankenwägen durchgelassen wurden. Mindestens 200.000 Personen waren dazu gezwungen, zu fliehen.

Dieser Krieg wurde weiter verschärft am 15. Dezember, als auch reguläre Truppen des Militärs inklusive Panzern und Teilen der Luftwaffe eingesetzt wurden, weil die sowieso schon schwer bewaffneten Spezialeinheiten der Polizei und Gendarmerie den Widerstand der militanten kurdischen Jugendorganisation YDG-H nicht bezwingen konnten.

In Provinzdistrikten wie Sur in Diyarbakır gelten die Ausgangssperren fast durchgehend über Monate hinweg mit seltenen Pausen von einem halben oder ganzen Tag, damit die Zivilbevölkerung fliehen kann. In mehr als der Hälfte von Sur, dem historischen Teil und touristischem Zentrum von Diyarbakır, gilt die Ausgangssperre nun seit über 80 Tage und der historische Nukleus des Bezirks wie zum Beispiel das Viertel Hasırlı liegen in Schutt und Asche. Von den knapp 130.000 Einwohner*innen von Cizre hingegen sind ungefähr 100.000 aufgrund der Auseinandersetzungen geflohen und hier gilt die Ausgangssperre nun schon seit über 60 Tagen. In Sur wie auch in Cizre rückten seit Anfang Januar auch Kommandoeinheiten der Anti-Sniper-Spezialisten Bordo Bereliler³ und sogar der SAS und der SAT – Unterwasserkampfkommandos – ein.

Sur/Diyarbakır und Cizre sind die beiden Orte, an denen sich der derzeitige Konflikt entscheidet, weil hier der entschiedenste Widerstand der kurdischen Kräfte wie auch die heftigsten Angriffe seitens des Staates stattfinden. Während der Staat in Silvan, Dargeçit und Silopi obsiegte, konnte der Widerstand in Silopi die Belagerung niederkämpfen. Es erscheint aber wahrscheinlich, dass sich die Belagerungen ausweiten. Unmittelbar nachdem die Belagerung von Cizre mit einem militärischen Erfolg des türkischen Staates am 11. Februar endete, wurde schon am 16. Februar in Idil eine Ausgangssperre verhängt. Der Innenminister Efkân Ala gab zu verstehen, dass weitere Ausgangssperren verhängt werden und nannte hier unter anderem die Stadt Nusaybin.

Der Staat operiert ohne jede Rücksicht dort wo Ausgangssperren gelten. Cizre zum Beispiel ist umgeben von Hügeln, auf denen Panzer und andere Artillerie positioniert wurden und auf die Stadt herunterschießen. Auf allen strategischen Höhen und in hohen Gebäuden sind Sniper positioniert, die auf alles schießen, was sich bewegt – inklusive Zivilist*innen. In Silopi, Cizre und Sur/Diyarbakır wurde die zivile Infrastruktur zerstört; das Bildungswesen und der Gesundheitssektor funktionieren nicht mehr, zivile Opfer nehmen zu. Dieses rücksichtslose Vorgehen des Staates soll offensichtlich dazu dienen, die enge Bande zwischen der organisierten kurdischen Befreiungsbewegung und dem kurdischen Volk zu trennen dadurch, dass Terror und Zerstörung entfesselt und hierfür die PKK verantwortlich gezeichnet werden und die Menschen

³ Nach der Farbe ihrer Barette, Bordeaux.

sich vom organisierten Kampf distanzieren oder zumindest eine indifferente Haltung dazu einnehmen.

Aber dem Staat mangelt es an einem entscheidenden Element dieser „rationalen“ Taktik, nämlich an der vollen staatlichen Unterstützung der Zivilbevölkerung, die von dem Krieg betroffen ist und fliehen musste, um sich glaubhaft als starken Staat, der die bösen Terroristen bekämpft, präsentieren zu können. Es findet das genaue Gegenteil hiervon statt: schlechte Behandlung von der Zivilbevölkerung und Gewalt gegen sie. Der Hass auf die Kurden und der Sozialchauvinismus sind eben dermaßen in die Genetik des türkischen Staates eingeschrieben, dass er nicht fähig ist, die „kurdische Frage“ zu lösen.

Der Eskalation des Staatsterrors begegnete die kurdische Befreiungsbewegung damit, dass im Vorlauf zu den Novemberwahlen in mehreren kurdischen Städten die Selbstverwaltung ausgerufen wurde, die mit leichten bis mittelschweren Waffen, Barrikaden und Gräben verteidigt wird. Bis jetzt wird der Großteil des Widerstands von den zwar PKK-nahen, aber zumeist nicht-professionellen Guerillakräften der YDG-H und den zivilen Selbstverteidigungseinheiten der YPS mit Unterstützung der professionellen Guerilla der PKK, der HPG, gestemmt. Große Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der HPG blieben seit der Zwischenwahlperiode aus, aufgrund des Winters, der die Bewegungsfähigkeit der Guerilla massiv einschränkt.

Der Abschuss des russischen Bomberjets

In den späten Novembertagen fiel das internationale Ansehen der Türkei auf den Tiefpunkt, nachdem ein türkischer F-16 Kampfflugzeug einen russischen SU-24 Bomber abschoß. Der russische Bomber wurde beschuldigt den türkischen Luftraum an der Grenze zu Syrien für 17 Sekunden verletzt zu haben.

Es ist ganz offensichtlich, dass das russische Flugzeug keine Gefahr für die Türkei darstellte; die wirklichen Hintergründe aber bleiben unklar. Es gibt eine Vielzahl von durchaus plausiblen Theorien: einige vermuten, dass die Türkei als Proxy gehandelt hat und im Namen der NATO eine Nachricht an Russland gesendet hat; andere behaupten, dass jene Teile des Militärs, die der AKP noch immer feindlich gegenüber stehen, eine Krise herbeiführen und so die AKP zu Fall bringen wollten; wieder andere meinen, dass die AKP-Führung selbst eine Krise auslösen wollte, um die NATO dazu zu zwingen direkter gegen Russland und Syrien vorzugehen. Premierminister Davutoğlu übernahm auf jeden Fall die Verantwortung für den Abschuss und verteidigte ihn. Russland reagierte entschieden und stationierte Flugabwehrkanonen im Grenzgebiet zur Türkei und ordnete allen russischen Kräften in Syrien an, alle Kräfte zu vernichten, die auch nur die kleinste Gefahr darstellen könnten. Die türkischen Luftstreitkräfte können daher jetzt nicht mehr in den syrischen Luftraum eindringen, ohne einen sofortigen Abschuss durch russische Raketen zu riskieren.

Weiter ordnete der russische Präsident Wladimir Putin strikte Sanktionen an, die besonders auf türkische Agrarprodukte abzielten. Seit Januar ist es zudem türkischen Unternehmen im Bau- und Tourismussektor und Hotelfirmen verboten, Geschäfte mit dem russischen Staat zu betreiben.

Russische Offizielle haben gegenüber der Türkei einen viel harscheren Ton angeschlagen und überdies Material veröffentlicht, das eine Involvierung der Türkei in den Ölschmuggel des IS belegen soll, was bereits früher ein Vorwurf seitens des Irans und schiitischer Milizen war. Aus Sicht des türkischen Staates noch schwerer wiegt aber eine mögliche engere Zusammenarbeit Russlands mit der kurdischen Bewegung.

Die NATO verteidigte die Türkei in dieser Sache unter Berufung auf das Recht der territorialen Integrität. Allerdings haben auch US Offizielle gegenüber der Türkei einen strengeren Ton angeschlagen und mehrfach kritisiert, dass die türkische Regierung ihre Prioritäten überdenken sollte, besonders hinsichtlich des Kampfes gegen den IS und die PKK. Die Verbündeten der Türkei, besonders die führenden NATO-Mächte, finden es zunehmend schwieriger die Aktionen der türkischen Regierung zu verteidigen, die der allgemeinen Strategie der NATO zuwiderlaufen.

Ein weiterer schwerer Schlag für das Ansehen der Türkei folgte im Dezember, nachdem ein Aufgebot der Armee die Grenze in den Irak überschritt und sich ins Bashiqa Camp nördlich von Mossul begab. Die irakische Regierung verstand das als eine Aggression und brachte die Angelegenheit vor den UN Sicherheitsrat.

Die türkische Regierung behauptete, die Truppen wären im Zuge einer abgesprochenen Operation, irakische Milizen im Kampf gegen den IS zu trainieren, entsandt worden. Im Kern jedoch ging es hier um etwas anderes: Die kurdischen Einheiten der YPG/YPJ und die Peshmerga der Kurdischen Regionalregierung im Nordirak hatten ein fragiles Abkommen für eine gemeinsame Operation gegen die strategisch wichtige Stadt Shengal beschlossen und die gemeinsame Operation führte am 13. November zur erfolgreichen Befreiung Shengals vom IS.

Mesut Barzani, der Präsident von Irakisch-Kurdistan und ein enger Verbündeter der Türkei und der USA, war bereits seit einiger Zeit besorgt (wie auch die Türkei) über die wachsende Relevanz von mit der PKK verbündeten Kräften im Kampf gegen den IS im Nordirak. Der Versuch der Türkei ihre Muskeln spielen zu lassen und Truppen und Artillerie in die Nähe von Mossul zu senden, die dort auch bleiben sollten „bis Mossul befreit ist“ - wie Premierminister Davutoğlu im Dezember sagte – ist Teil einer Strategie, die Kräfteverhältnisse innerhalb der kurdischen politischen Landschaft zugunsten von Barzani zu verschieben. Diese Unternehmung kann darüber hinaus als weiterer Versuch der Einkreisung und schließlich Vernichtung Rojavas gesehen werden.

Dazu kommt, dass die russische Intervention in Syrien den von der Türkei mehr oder weniger offen unterstützten Kräften (al-Nusra, IS, Ahrar as-Sham, Jaysh al-Fatah, etc.) einen schweren Schlag versetzt und die Rolle der Türkei in Syrien weiter geschwächt hat. Auch die Zentralregierung in Bagdad stützt sich immer stärker auf Russland, zum einen um der Abhängigkeit von den USA etwas entgegenzusetzen, zum anderen weil die Intervention Russlands effektiver ist als die der von den USA angeführten Koalition. Russlands gespanntes Verhältnis zur Türkei und die schwierige Beziehung der Zentralregierung in Bagdad zur Kurdischen Regionalregierung erklären die scharfe Reaktion aus Bagdad gegenüber des türkischen Einfalls.

Im darauffolgenden diplomatischen Gewitter forderte sogar Obama Erdoğan dazu auf die türkischen Kräfte wieder abzuziehen und der türkische Staat war gezwungen diesen herben Rückschlag zu akzeptieren und dies auch zu tun (wobei manche Quellen meinen die türkischen Kräfte hätten sich bloß in andere Teilen des Nordirak zerstreut).

Während die Türkei darum kämpfte ihre Macht und ihren Einfluss in der Region wieder zu gewinnen, eroberten die kurdischen Kräfte von YPG/YPJ in Allianz mit den Demokratischen Kräften Syriens (SDF) den Tishrin Damm vom IS – für sich kein sonderlich aufregendes Ereignis, aber es stellte auch die Überschreitung des Euphrat nach Westen dar, was Vertreter des türkischen Staates wiederholt als rote Linie bezeichnet hatten.

Historisch gesehen stellte der Euphrat in allen Entwürfen und Visionen Kurdistans die westlichste Grenze dar. Strategisch gesehen ist der schmale Landstrich zwischen dem Euphrat und dem Afrin Kanton in Westsyrien (der im Moment noch von IS und al-Nusra gehalten wird) das letzte Hindernis für eine Vereinigung der drei Kantone Rojavas dar.

Im Zuge dieser ganzen Eskalation verlor die Türkei in der Region weiter an Boden gegenüber ihrem erbittertsten Feind, während sie sich im inneren immer tiefer in einen riskanten Konflikt verstrickte.

Fragile Wirtschaft, düstere Aussichten

Das Comeback der AKP in den Neuwahlen vom November hatte den unmittelbaren Effekt einer Stärkung der türkischen Lira (TL), die sich gegenüber dem Dollar und dem Euro seit 2013 im freien Fall befunden hatte. Dennoch bleibt die türkische Wirtschaft strukturell instabil und leidet unter dem schwachen Außenhandel, massivem Abfluss von Kapital und rückläufigen Exporten.

Die Entwertung der TL bedeutet einen Wertanstieg der äußeren Verbindlichkeiten in Euro oder Dollar – die ist eine große Sorge für eine Wirtschaft deren Außenhandelsschulden sich auf 49% des BIP belaufen, deren Kosten vor allem vom industriellen Sektor getragen werden.

Angesichts der erwarteten Anhebung des Leitzinses durch die Fed und wegen politischen Risiken verlor die TL an Wert. Eine höhere Zinsrate der Fed macht Investitionen in amerikanische Finanzprodukte profitabler und führt potentiell zu einem Abfluss von Kapital aus der Türkei (und anderen Ländern der kapitalistischen Peripherie). Überdies erhöht politische Instabilität die Wahrscheinlichkeit von Kapitalflucht aufgrund der Unsicherheiten für Investoren und ökonomischer Ungewissheiten.

Die politische Instabilität hat auch anderen Sektoren der türkischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Allein im ersten Halbjahr 2015 ging der Tourismussektor gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 um 9% zurück (und droht angesichts der permanenten Anschläge und Kriegsnachrichten noch weiter in den Keller zu rutschen) und die Istanbuler Börse verlor 20% ihres Werts. Die russischen Sanktionen werden zur Verschlechterung beitragen und haben bereits jetzt bedeutsame Auswirkungen auf Tourismus, Landwirtschaft und Bauwirtschaft, ohne dass dies bisher quantifizierbar wäre.

Normalerweise steigen nach einer Entwertung der Währung die Exporte eines Landes, aber in der Türkei geschah das Gegenteil und die Exporte fielen um 10% im letzten Jahr. Dies war in erster Linie eine Folge der einbrechenden Auslandsnachfrage als Konsequenz der andauernden Weltwirtschaftskrise (die die EU und Russland, zwei wichtige Handelspartner der Türkei, besonders hart traf).

Seit 1980 verfolgt die Türkei ein exportorientiertes Kapitalakkumulationsmodell. Der Nichtanstieg der Exporte indiziert somit auch eine weitere strukturelle Schwäche in dieser peripheren Wirtschaft: eine industrielle Struktur gekennzeichnet durch wenig entwickelte Technologie und niedrige Produktivität, abhängig von hohem Arbeitsaufwand und Importen.

Diese ökonomische Struktur hat offensichtlich ihre Grenzen erreicht. In den letzten Jahren konnte sie nur mehr durch die Superausbeutung der Arbeit aufrechterhalten werden, was zu sehr niedrigen Löhnen und einer dramatischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führte (allein im Jahr 2015 starben 1712 Menschen bei Arbeits„unfällen“). Die Arbeiter_innen haben darauf mit Aktionen geantwortet, so auch einer Serie von wilden Streiks im Metall- und Automobilsektor im Frühjahr 2015 (die erneuten massiven Proteste in einem Renaultwerk in Bursa Anfang März 2016 zeigen, dass dieser Widerstand nicht gebrochen werden konnte).

All diese Entwicklungen zusammen haben zu einer ernsten Depression in der türkischen Industrie geführt: Erdal Bahçivan, der Vorsitzende der Industriekammer von Istanbul, meinte, dass die Betriebsgewinne der 500 größten Industrieunternehmen im Jahr 2014 zurückgingen. Die einzige Möglichkeit wieder zu früheren Profitmargen zurückzukehren sei ein Anstieg in nicht betrieblichen Gewinnen gewesen. Zum Beispiel ein Devisentausch in Antizipation der Entwertung der TL.

Und obwohl die großen Finanzunternehmen hohe Profite einstreichen konnten ist auch bei ihnen nicht alles rosig. Die Schuldenrate in Bezug auf Eigenkapital bei den 500 größten Industrieunternehmen ist mittlerweile bei 132%, während die Haushaltsschulden im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen auf gewaltige 51% angestiegen sind. Eine größere Liquiditäts- oder Refinanzierungskrise in Haushalten oder in der Industrie hätte unmittelbare Auswirkungen auf den Bankensektor.

Diese fragilen ökonomischen Umstände sind zur Achillesferse der AKP geworden. Sie bringen die Partei in Konflikt mit dem Kapital, dessen führende Fraktionen jetzt schnelle Reformen und einen Friedensprozess verlangen und ebenso eine Wirtschaftspolitik, die die technologische Entwicklung fördert. Die sehr reale Möglichkeit einer wirtschaftlichen Depression hat den Druck auf die herrschende Partei erhöht.

Ein gespaltenes Land

Die Intensivierung von Gewalt und Repression seitens der AKP seit November und ihre sich entwickelten intra-staatlichen Allianzen, auch mit dem Militär, ihrem früheren Erzfeind, hat die Hegemoniekrise kurzfristig abgeschwächt. Längerfristig jedoch wird diese Politik zu einer erneuten Vertiefung der Hegemoniekrise führen und den türkischen Staat und die türkische Gesellschaft noch anfälliger für systemische Schocks und Krisen machen.

Das Land ist heute tief gespalten. Solange die Menschen sich nicht politisch engagieren oder ihren Missmut zum Ausdruck bringen, können sie an den meisten Orten ein ruhiges und friedliches Leben führen. Aber im Südosten der Türkei (Nordkurdistan, auf Kurdisch Bakur) herrscht ständiger Kriegszustand auch in dicht besiedelten Gebieten, mit schwerem Artilleriefeuer und permanenten Operationen von Polizeispezialeinheiten und militärischen Sonderkommandos, die kaum zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden.

Die Lebensverhältnisse in diesen beiden verschiedenen Ländern innerhalb eines Landes unterscheiden sich so drastisch, dass eine Versöhnung zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder um ein gemeinsames populär-demokratisches Projekt herum immer unwahrscheinlicher wird.

Im Zuge von steigendem Terror und Krieg in Kurdistan hat sich zudem eine spezifisch koloniale Dynamik entwickelt. Wie in jedem nationalen Befreiungskampf ist es nicht unwahrscheinlich, dass die kolonisierte Bevölkerung, Formen von Terrorismus als legitimes Mittel zur Destabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der Kolonialmacht ansieht, da sie massiver Unterdrückung und Massakern der kolonialistischen Staatsmacht ausgesetzt ist und keine Unterstützung von der Bevölkerung der Kolonialmacht bekommt.

Das geschah in der Türkei schon früher und es kann sehr leicht wieder geschehen. Der Angriff auf den Sabiha Gökçen Flughafen in Istanbul im De-

zember und der Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi mitten im Herzen von Ankara durch eine kurdische Splittergruppe im Februar 2016 zeigt, dass es gewisse kurdische Kräfte gibt, die bereit sind diesen Schritt zu gehen.

Im Moment sieht es nicht danach aus, als ob die Eskalation von Gewalt und Krieg in der Türkei ein Ende nehmen wird und folglich ist auch ein Ende der politischen Destabilisierung nicht zu erwarten. Wenn der aktuelle Krieg noch weiter in den Frühling andauert, dann werden die professionellen Guerillaeinheiten der PKK „in die Städte gehen“, wie dies der KCK Ko-Vorsitzende Cemil Bayık angekündigt hat.

Weder der türkische Staat noch die kurdische Befreiungsbewegung sind in der Lage den Gegner völlig auszuschalten, jedoch wäre es bereits ein bedeutender Erfolg für die kurdischen Kräfte wenn sie gegen die zweitgrößten Landstreitkräfte der Welt ein Patt halten könnten. Wenn es der kurdischen Befreiungsbewegung gelingt jeden bedeutenden Vorstoß und Gebietsgewinn des Staates in den kurdisch-dominierten Gebieten zu verhindern, dann könnte dies auch die Inspirationsquelle für eine neue Welle von popularen Bewegungen im Westen der Türkei sein und so die ökonomische und politische Krise der AKP vertiefen.

Die fragile Allianz der AKP mit anderen Elementen des Staates und mit der herrschenden Klasse könnte auseinanderfallen, die herrschende Klasse eine Alternative zum AKP-Regime installieren, um einen systemischen Kollaps zu verhindern. Das wäre die Voraussetzung für weitere Fortschritte auch in Rojava für die kurdische Bewegung. Ein kurdischer Frühling könnte dann bevorstehen.

Andererseits würde ein deutlicher Sieg der AKP in einen massiven Rückzug der PKK von den Stellungen die sie bisher hält münden und auch die Revolution in Rojava in Gefahr bringen.

Nicht mehr in der Lage einen aktiven popularen Konsens zu produzieren, müssten die führenden Fraktionen der herrschenden Klasse dann versuchen die Stabilität durch die eiserne Faust des Staates herzustellen. „Gehorche oder stirb“ wäre dann die Parole und das demokratische Potential, das sich im Gezi Aufstand ausdrückte, würde sich zurückziehen.

Die Integration der Türkei ins kapitalistische Weltsystem, die verschlechterte internationale Lage des Landes und die Tatsache, dass autoritäre Regimes in peripheren Ländern meist nach einiger Zeit in Sachen Kapitalakkumulation und kapitalistischem Wettbewerb hinterher hinken, machen es unwahrscheinlich, dass ein solches autoritäres Regime lange halten würde. Nichtsdestotrotz bedeutete ein Sieg der AKP gegen die kurdische Befreiungsbewegung den Beginn eines langen türkischen Winters für die popularen Kräfte.

Wenn der Krieg nicht bald deeskaliert und weder die PKK noch die AKP einen deutlichen Sieg einfahren, dann ist offener Bürgerkrieg eine dritte Möglichkeit. Die PKK ist sicherlich stark genug den Krieg in die großen Städte im Westen wie Istanbul, Ankara, Bursa oder Izmir zu tragen und gleichzeitig

weite Landstriche in Nordkurdistan, ländlich und urban, zu besetzen. Dagegen kann der türkische Staat sich dann entscheiden das Militär und besonders die Luftstreitkräfte voll zu aktivieren. In jedem Fall würde die Türkei in Chaos versinken und beginnen Syrien zu ähneln.

Was auch immer geschieht, das Jahr 2016 wird entscheidend für die Zukunft der Türkei, Kurdistans und ihrer Völker.

Güney Işıkara ist VWL-Doktoratsstudent auf der New School for Social Research, New York. Er ist darüber hinaus tätig als unabhängiger Dolmetscher und Autor.

Alp Kayserilioğlu hat Philosophie und Geschichtswissenschaften studiert und lebt derzeit als freier Schriftsteller, freier Übersetzer und politischer Aktivist in Istanbul. Zu seinen Interessensgebieten gehören die Philosophie des 18., 19. und 20. Jh., Marxismus und Arbeiterbewegung, sowie die Geschichte der Türkei, des Nahen Ostens, des Kapitalismus im Allgemeinen und aktuelle Geopolitik.

Max Zirngast studiert Philosophie an der Universität Wien und Politikwissenschaft an der Technischen Universität des Mittleren Ostens. Er arbeitet nebenbei als freier Autor und Übersetzer und arbeitet zu Marxismus, kritischer Theorie, politischer Theorie, Südostasien, USA, Türkei und Mittlerem Osten.

Inhalt des Buches

Kampf um Kobane: Vorwort

Ismail Küpeli 5

Kurd_innen ohne Staat

Sebahattin Topcuoglu 10

Die Rojava-Revolution zwischen kurdischer Selbstbestimmung und sozialer Utopie

Ulf Petersen 27

Die Frauenrevolution in Rojava

Dilar Dirik 38

Geschichte und Gegenwart der PKK

Lokman Turgut 51

PKK: Das neue Objekt der Solidarität

Christian Jakob 67

Die AKP als neuer Prinz: die Hegemonie des Finanzkapitals und ihre Widersprüche

Alp Kayserilioğlu, Güney Işıkara, Max Zirngast 77

Wer sind diejenigen, die außerparlamentarisch für eine utopische Gesellschaft kämpfen?

Fatma Umul 98

Die Opposition in Syrien: Alte und neue Akteure zwischen Revolution und Bürgerkrieg

Hannah Wettig 118

Religiöse Minderheiten in Kurdistan

Elke Dangeleit, Hans-Günter Kleff 129

Ideologie des IS: Salafistischer Manierismus

Attila Steinberger 144

Die Organisation „Islamischer Staat“ - von der antischiitischen Ordnungsmacht zum quasi-staatlichen Kalifat

Jean Rokbelle 157

Autor_innen

167



Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung.

Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Kobanê

Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens

In ihrer Buchhandlung oder Online unter:

<http://www.edition-assemblage.de/kampf-um-kobane/>

1. Auflage 2015

ISBN 978-3-942885-89-8

© edition assemblage

Postfach 27 46

D-48014 Münster

info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation book:fair

Umschlag: Markus Weiß (www.typogo.de)

Lektorat: Willi Bischof, Jens Weisbrod

Satz: Jens Weisbrod, Willi Bischof